

## Die Kriegsgewinnsteuer in Deutschland.

Berlin, 27. November.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die Begründung für die Kriegsgewinnsteuer. Es heißt darin: Der bald nach Kriegsausbruch aufgetauchte Gedanke ausgiebiger Besteuerung der Kriegsgewinne ist heute in Deutschland Gemeingut aller Volksschichten. Zwingende Erwägungen sozialethischer und finanzieller Natur liegen ihm zugrunde. Die Besteuerung der Kriegsgewinne läßt sich im Reiche, das als hauptsächlichster Träger der finanziellen Kriegslast auch vorab Anspruch auf diese Einnahmequelle hat, am besten und zweckmäßigsten in Anlehnung an die Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer, Gesetz vom 3. Juli 1913) durchführen. Auf diese Weise werden nicht nur die Gewinne aus unmittelbaren und mittelbaren Kriegslieferungen sowie die mit der sonstigen durch den Krieg geschaffenen günstigen Konjunktur zusammenhängenden Gewinne getroffen, sondern es wird auch darüber hinaus die Forderung verwirklicht, daß jeder, der in dieser die Vermögensverhältnisse des weitaus größten Teiles des deutschen Volkes beeinträchtigenden Kriegszeit in der Lage ist, sein Vermögen zu vermehren, einen ansehnlichen Teil dieses Zuwachses dem Vaterlande zu opfern verpflichtet ist. Die in Aussicht genommene Steuer wird den in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 entstandenen Vermögenszuwachs erfassen, soweit dieser nicht aus Erbschaften und dergleichen oder aus einer bloßen Umwandlung nicht steuerbaren Vermögens in steuerbares Vermögen herrührt. Daneben werden auch Veränderungen in den Einkommensverhältnissen der Steuerpflichtigen während des Krieges in der Weise zu berücksichtigen sein, daß ein Teil des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses, dem ein bestimmtes Mehreinkommen gegenübersteht, mit einem erhöhten Abgabensatz belegt wird.

(Telegramme der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 27. November.

Wenn in dem Gesetzentwurf über vorbereitende Maßnahmen zur Kriegsgewinnsteuer nur von der Sicherstellung der Besteuerung der juristischen Personen die Rede ist, so bedeutet das keineswegs, daß die kommende Kriegsgewinnsteuer Einzelpersonen nicht treffen wird. Die Regierung glaubte nur von einer im Wege der Gesetzgebung vorzunehmenden Sicherung der Kriegssteuer bei Einzelpersonen absehen zu dürfen und die Gründe hierfür werden darin zu finden sein, daß Einzelpersonen im Gegensatz zu den gesellschaftlich betriebenen Unternehmungen nicht durch jährliche Gewinnausschüttungen ihre Erträge aus der Hand geben. Durch den Zwang zur Bildung einer gesetzlichen Sonderreserve aus den während der Kriegszeit erzielten Mehrgewinnen will das Gesetz einen entsprechenden Betrag der Gewinne für den Zugriff des Reiches reservieren, diesen Teil der Mehrgewinne also den Aktionären, die normalerweise Anspruch darauf hätten, entziehen. Die Anlage einer Kriegssteuerreserve in Kriegsanleihe dürfte gestattet werden, da der Reichsschatzsekretär bei Gelegenheit der Ankündigung des Gesetzes davon gesprochen hat, die Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer würde auch in Kriegs-anleihe zulässig sein. Nicht das dem Einkommen normaler Jahre entsprechende Erträgnis, sondern nur ein durch den Krieg oder während des Krieges erhöhter Ertrag und dieser auch nur, soweit er einen normalen Gewinn überschreitet, soll steuerpflichtig sein. Die vorgeschriebene Reserve ist nicht als die bereits feststehende Besteuerung, sondern nur als deren Höchstgrenze anzusprechen. Bloß bei der Reichsbank, deren Gewinne durch die dauernde außerordentliche Höhe der Anlagen des laufenden Jahres eine außerordentliche Steigerung erfahren werden, ist die Besteuerung durch die Vorlage bereits auf den Satz von 50 Prozent des Mehrgewinnes festgelegt. Trotz der Steuer dürfte die Dividende den erhöhten Satz von 10-24 Prozent (im Vorjahre 8-43 Prozent) noch übersteigen.

Frankfurt, 27. November.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird der Mehrgewinn der Reichsbank gegenüber dem Vorjahre mindestens hundert Millionen Mark betragen, so daß sich der Jahresgewinn auf 180 bis 200 Millionen Mark berechnet. Die Ausgleichszugabe für den Verzicht auf die Notensteuer wird mit hundert Millionen Mark geplant.